

Neujahrsempfang:
**Geschlossen ins
Wahljahr**

Pro & Contra:
**Braucht NRW ein
Tariftreuegesetz?**

Rauchverbot:
**Das neue grüne
Spießertum**

A portrait of Marie-Christine Ostermann, a woman with long blonde hair, wearing a dark blazer over a light-colored top. She is looking directly at the camera with a slight smile.

**„Unternehmenskultur
statt Frauenquote“**

Interview mit der Unternehmerin Marie-Christine Ostermann

Gestärkt ins Jahr der Richtungsentscheidung

Mit einem Besucherrekord beim Neujahrsempfang haben die Liberalen in Nordrhein-Westfalen das politische Jahr begonnen. Diese Zustimmung ist ein Signal: Deutschland braucht eine liberale Partei, die zuerst auf die verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger setzt – und erst danach auf den Staat. Wir stehen für Emanzipation und Eigenverantwortung statt Bevormundung. Für eine Erwirtschaftungsgesellschaft mit fairen Chancen für alle statt des überforderten Umverteilungsstaates. Diese Botschaft ist unverändert aktuell.



Christian Lindner,
Landesvorsitzender der FDP-NRW
Fraktionsvorsitzender der FDP
im Landtag von NRW

2013 geht es um eine Richtungsentscheidung für unser Land. Es geht darum, ob Deutschland weiter erfolgreich aus der Mitte regiert wird, mit marktwirtschaftlicher Politik für mehr Arbeitsplätze und weniger Schulden. Oder ob sich der Kurs von Rot-Grün durchsetzt, die Frankreichs Präsidenten Hollande kopieren wollen. Deutschland werden wir diese Experimente ersparen.

Ein Feld der Auseinandersetzung bleibt die Energiewende. Um sie zum Erfolg zu führen und ihre Kosten unter Kontrolle zu bringen, brauchen wir marktwirtschaftliche Instrumente. Unsere Vorschläge haben wir in den Landtag bereits eingebracht. Dass die Bundesregierung jetzt ein Konzept zur Begrenzung der Strompreise vereinbart hat, begrüßen wir. Darüber hinaus muss jedoch das Erneuerbare-Energien-Gesetz grundlegend überarbeitet und die Subventionierung der Erneuerbaren gedrosselt werden. Zunächst liegt der Ball nun aber bei SPD und Grünen. Sollten sie das Konzept blockieren, tragen sie auch die Verantwortung für höhere Strompreise.

In Bund und Land gibt es also genug zu tun. Landesverband und Landtagsfraktion gehen die anstehenden Aufgaben gestärkt an. Wir werden mit unserem Spitzenkandidaten Guido Westerwelle einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die erfolgreiche Koalition in Berlin ihre Arbeit fortsetzt – wir werden unsere Kampagnestärke wieder zeigen.

Unser Magazin liberal.nrw halten Sie in neuer Gestaltung in den Händen. Nicht nur optisch, sondern auch inhaltlich wollen wir neue Wege gehen: Wir sollten Diskussionen und Impulse – auch von außen – mehr Raum geben. Lassen Sie mich wissen, welche Themen Ihnen am Herzen liegen und sagen Sie uns, wie Ihnen das überarbeitete Magazin gefällt. Denn wir machen es für Sie. Also bringen Sie sich bitte ein. Davon lebt unser Magazin – und unsere Partei.

Ihr

Mehr über Christian Lindner:

/lindner.christian

/c_lindner

Video-Chat mit Christian Lindner

Diskutieren Sie mit Christian Lindner über aktuelle Fragen der Landespolitik, den beginnenden Bundestagswahlkampf und die FDP kurz vor dem Bundesparteitag. Am Donnerstag, 07. März, können Sie ab 18.30 Uhr auf www.fdp-nrw.de/live mit Christian Lindner chatten und Ihre Fragen stellen. Der Video-Chat dauert etwa eine Stunde.



Unternehmenskultur statt Frauenquote



Marie-Christine Ostermann ist seit 2006 geschäftsführende Gesellschafterin beim Lebensmittelgroßhandel „Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG“ und leitet seitdem das Familienunternehmen gemeinsam mit ihrem Vater Carl-Dieter Ostermann. Einer breiten Öffentlichkeit wurde sie durch ihr Engagement als Bundesvorsitzende des Verbandes „Die Jungen Unternehmer – BJU“ von 2009 bis 2012 bekannt.

Frau Ostermann, die Arbeitslosigkeit ist niedrig wie lange nicht. Immer mehr Unternehmen klagen sogar über einen Mangel an Fachkräften und Azubis: Wie prekär ist die Lage?

Es ist ein großes Problem, gute Fachkräfte zu finden, auch für unsere Firma Rullko in Hamm. Wir haben über drei Jahre gebraucht, um einen geeigneten Einkaufsleiter zu finden. Gut ausgebildete Fachkräfte sind inzwischen absolute Mangelware. Auch die Anzahl der Bewerber auf Lehrlingsstellen nimmt ab, und die Qualifikation der Bewerber ist teils problematisch.

Was kann die Politik dagegen tun?

Es fehlen die Mittel für Bildung. Wir haben zu wenige Bewerber, aber auch zu viele zu schlecht qualifizierte

Bewerber, die nicht ausreichend lesen, schreiben oder rechnen können. Das Bildungssystem muss sich stärker auf die Talente und Möglichkeiten der einzelnen Schüler konzentrieren und jeden individueller und spezifischer fördern. Längeres gemeinsames Unterrichten wie in der Gemeinschaftsschule führt zum Gegenteil.

Und wie kann der Mangel an Fachkräften behoben werden?

Das Problem ist dasselbe: Zentral ist die Verbesserung des Bildungssystems, auch wenn das viel Geld kostet. Lehrer sollten von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, Schulen brauchen mehr Autonomie für Entscheidungen vor Ort. Auch private Bildungsträger sollten bessere Möglichkeiten bekom-

men, statt ausgebremst zu werden. Mehr qualifizierte Fachkräfte können wir außerdem über ein gutes Zuwanderungssystem und eine offene Willkommenskultur bekommen.

Ein wichtiges Thema für Arbeitnehmerinnen ist das Betreuungsangebot für Kinder.

Ja, auf jeden Fall. Ich sehe das im Bekanntenkreis, aber auch täglich in unserem Betrieb. Es mangelt an Flexibilität bei bestehenden Einrichtungen, aber vor allem an einem ausreichenden Angebot, gerade im Bereich der Unterdreijährigen. Das Ziel eines ausreichenden U3-Betreuungsangebots ist so wichtig, da kann ich nicht verstehen, dass das jetzt so hakt. Auch hier müssten dringend die extrem bürokratischen Hürden für private Anbieter



Marie-Christine Ostermann, geschäftsführende Gesellschafterin beim Lebensmittelgroßhandel „Rullko Großverkauf GmbH & Co. KG“ und Bundesvorsitzende des Verbandes „Die Jungen Unternehmer – BJU“ von 2009 bis 2012.

„Wenn ich sehe, wie viele neue Schulden in NRW gemacht werden, kann ich nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen!“

Mehr über die Firma Rullko:
www.rullko.de

Mehr über Marie-Christine Ostermann
/MarieCOstermann

abgebaut werden, damit es schnell ein besseres Angebot geben kann. Wir versuchen jetzt vor Ort, das Problem gemeinsam mit anderen Unternehmen anzugehen und eigene Lösungen zu finden.

Welche Rolle spielen Frauen in Ihrem Unternehmen?

In der Geschäftsführung sind wir 50:50 aufgestellt. Auf der Führungsebene darunter haben wir einen Frauenanteil von 30 Prozent. In der Verwaltung insgesamt überwiegen bei uns die Frauen.

Welche Folgen hätte eine Frauenquote für Sie?

Rullko ist keine Aktiengesellschaft, wir wären nicht betroffen. Aber ich bin Mitglied im Aufsichtsrat der Fielmann AG, die das treffen würde. Ein Unternehmen, das das wirtschaftliche Risiko selbst trägt, muss sein Personal unabhängig vom Geschlecht frei auswählen können. Eine Quotierung würde Risiko und Haftung voneinander trennen, weil der Staat in die Personalpolitik eingreift, aber keine Konsequenzen dafür trägt. Ich lehne eine Frauenquote absolut ab.

Wie könnten ansonsten mehr Frauen in Führungsfunktionen kommen? Oder soll sich der Staat da einfach raushalten?

Die Rahmenbedingungen für Kind und Karriere müssen verbessert werden, übrigens auch für Männer. Die Bedeutung eines Betreuungsangebots habe ich angesprochen. Vieles versuchen wir aber als Unternehmer auch selbst zu leisten: Wichtige Meetings finden tagsüber statt, wir erwarten keine permanente BlackBerry-Bereitschaft und haben klare Stellvertreterregelungen, um Flexibilität zu bieten. Die Unternehmenskultur ist hier ein sehr wichtiger Baustein.

Muss dem Staat mehr Geld zufließen, damit er mehr Angebote machen kann?

Die Steuereinnahmen sprudeln doch, der Staat hatte nie so viel Geld wie

jetzt. Wenn ich dann sehe, wie viele neue Schulden gerade hier in NRW trotzdem gemacht werden, kann ich nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen! Der Staat müsste endlich mutiger Subventionen kürzen und alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Wir brauchen eine klare Konsolidierungsstrategie für die öffentlichen Haushalte. In NRW sollte deshalb auch unbedingt die Schuldenbremse in die Landesverfassung.

SPD und Grüne wollen statt der Schuldenbremse lieber Steuererhöhungen. Wie bewerten Sie die Pläne?

Die Erhöhung der Einkommens- und der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wären pures Gift für die Wirtschaft. Jedem muss klar sein: Geld, das über Steuern den Unternehmen entzogen wird, fehlt für Investitionen und Arbeitsplätze. Es ist kontraproduktiv, zu meinen, dass der Staat zu wenig Geld hat und dass man sich mehr von den Unternehmen holen kann. Am Ende haben dadurch alle weniger: Unternehmer, Arbeitnehmer und Staat. Die Auswirkungen einer solchen Steuererhöhungspolitik sehen wir ja auch aktuell in Frankreich.

Was wollen Sie der FDP im Jahr 2013 mit auf den Weg geben?

Der allgemeine Trend in der Bevölkerung geht immer mehr in Richtung Sicherheit und Staatsgläubigkeit. Wir brauchen dringend eine starke FDP als Korrektiv für mehr Freiheit und Marktwirtschaft. Die FDP muss stärker vermitteln, dass es gesünder und nachhaltiger ist, unabhängig auf eigenen Beinen zu stehen, statt am staatlichen Tropf zu hängen. Gerade die FDP in NRW hat charismatische Persönlichkeiten, die es schaffen, die Menschen nicht nur über den Kopf, sondern auch über das Herz zu überzeugen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Ab dem 1. August dieses Jahres gilt in NRW der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Unterdreijährige – mit dem Ziel, die frühkindliche Bildung zu stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Trotz der großen Lücke, die zur Erfüllung des Rechtsanspruchs in Nordrhein-Westfalen besteht, hat Ministerpräsidentin Kraft zu Beginn des Jahres versichert, dass NRW ihn ohne Qualitätsabstriche erfüllen kann. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat NRW wegen des großen Ausbaubedarfs jüngst weitere 126,4 Millionen Euro Investitionsmittel zugesagt; seit 2008 hat NRW insgesamt 607,4 Millionen Euro erhalten. Der Bund kommt seiner Verpflichtung nach. Es ist höchste Zeit, dass auch das Land seiner Verantwortung gerecht wird.

Marcel Hafke, familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, zum aktuellen Stand



/marcel.hafke.3

Wie kommt der U3-Ausbau in NRW voran?

„Angesichts Zigtausender fehlender U3-Plätze, deren rechtzeitige Schaffung äußerst ungewiss ist, bezweifeln die kommunalen Spitzenverbände, dass der Rechtsanspruch in allen Regionen NRW umgesetzt werden kann. So rechnet der Städte- und Gemeindebund fest mit einer Klagewelle und stimmt Eltern bereits auf Abstriche ein. Gerade in großen Städten wird mit einem Betreuungsbedarf von bis zu 50 Prozent gerechnet. Selbst wenn landesweit die vereinbarte Quote von 32 Prozent erreicht wird, gilt der Rechtsanspruch als nicht erfüllt, solange nicht jede Familie, die dies möchte, einen Platz bekommt. Klagen sind dann nicht ausgeschlossen.“

Wie bewerten die Kommunen den Ausbaustand?

„Der Ausbau muss aus Sicht der FDP bedarfsgerecht und unbürokratisch vorangetrieben werden. Wir brauchen ein professionelles Controlling, um genau zu erkennen, wo noch nachgesteuert werden muss. Bis August muss alles Finanzielle und Organisatorische getan werden, um noch möglichst viele Plätze – ohne Qualitätseinbußen, aber mit pragmatischen Lösungen – zu schaffen. Allerdings: Selbst wenn genügend Plätze geschaffen würden, klafft eine Fachkräftelücke. Bislang ist Rot-Grün ein Gesamtkonzept schuldig geblieben, wie all diese Probleme gelöst werden sollen. Das Versprechen, das die Politik den Eltern gegeben hat, muss aber eingehalten werden.“

Was kann das Land im Schlusspurt noch tun?

Weitere Informationen zur Familienpolitik der FDP-Landtagsfraktion:



” Hinweis an die Medien: Das sind hier keine Leihgäste der CDU.
Christian Lindner mit Blick auf mehr als 1.400 Gäste “

Unter den Gästen waren der Ehrenvorsitzende der FDP Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a.D., Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, Abgeordnete aus Europaparlament und Bundestag sowie zahlreiche Vertreter von gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden.



Geschlossen ins Wahljahr

Rekordteilnehmerzahl und großer Andrang beim Neujahrsempfang der Liberalen in NRW: Mehr als 1.400 Gäste folgten der gemeinsamen Einladung der FDP-NRW und der FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Neben dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner und dem Spitzenkandidaten der FDP-NRW zur Bundestagswahl, Außenminister Guido Westerwelle, war auch der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, nach Düsseldorf gereist.

” Genossen, lasst doch Karl Marx in seinem Museum in Trier und holt den Quatsch von gestern nicht wieder heraus!
Rainer Brüderle, an SPD und Grüne gewandt “



Guido Westerwelle, Bundesaußenminister und Spitzenkandidat der FDP-NRW zur Bundestagswahl



Gisela Piltz, Vorsitzende der Landesgruppe und Vizevorsitzende der FDP-NRW und Angela Freimuth, stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion und der FDP-NRW

Unter den Ehrengästen des Empfangs, die von der stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-NRW und der FDP-Landtagsfraktion, Angela Freimuth, begrüßt wurden, waren auch der FDP-Ehrenvorsitzende Hans-Dietrich Genscher, Gesundheitsminister Daniel Bahr sowie eine große Anzahl von Vertretern gesellschaftlicher Institutionen und Verbände. Freimuth erinnerte im Rückblick auf das Jahr 2012 an die erfolgreiche Landtagswahl der Liberalen in NRW trotz schwieriger Ausgangslage: „Die FDP hat Nein gesagt zu der hemmungslosen Verschuldungspolitik von Rot-Grün. Die Folge waren eine Landtagswahl binnen 60 Tagen und eine Zustimmung von 8,6 Prozent für die Liberalen in NRW.“ Im Team sei die FDP leidenschaftlich für eine Politik der soliden Finanzen, mit dem klaren Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und zu Leistungsgerechtigkeit angetreten und gemeinsam erfolgreich gewesen.

Christian Lindner warf der Landesregierung eine falsche Prioritätensetzung vor. „Wir wollen in Zukunft investieren – in Kinder, Köpfe und Kultur. Rot-Grün macht in NRW das Gegenteil: noch mehr Schulden, und trotzdem wird bei den Bildungsausgaben gekürzt!“ SPD und Grüne würden zudem den Verwaltungsapparat weiter aufblähen. Insbesondere der grüne Umweltminister habe zahlreiche neue Stellen geschaffen, die dauerhaft finanziert werden müssten. „Minister Rempel beweist, man kann auch mit grüner Tinte rote Zahlen schreiben.“

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, zog Bilanz nach rund drei Jahren FDP-Beteiligung an der Bundesregierung: Deutschland gehe es so gut wie nie zuvor, so Brüderle. Er warnte vor

den rot-grünen Steuererhöhungsplänen und den „selbsternannten Tugend-Jacobinern“ und „grünen Tugendwächtern“, die Wirtschaft und Gesellschaft immer weiter durchbürokratisieren wollten.

Auch Außenminister Westerwelle, der Spitzenkandidat der FDP in NRW zur Bundestagswahl ist, unterstrich die Bedeutung der bevorstehenden Abstimmung. „Bei der Bundestagswahl geht es nicht um diesen oder jenen Politiker, um diese oder jene Partei, sondern um die zentrale Frage: Welche Richtung nimmt unser Land – und welche Richtung nimmt Europa?“ Für die Liberalen sei Europa mehr als nur Binnenmarkt und eine strategische Gemeinschaft, so Westerwelle leidenschaftlich: „Europa ist eine Kulturgemeinschaft.“



Rainer Brüderle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, zog eine positive Bilanz nach rund drei Jahren FDP-Beteiligung an der Bundesregierung.

Alle Reden in voller Länge:

 /FDPLandesverbandNRW

NULLVERSCHULDUNG STATT NEUVERSCHULDUNG

Der Schuldenberg in Nordrhein-Westfalen beträgt bereits über 134 Milliarden Euro. NRW bezahlt jedes Jahr allein 4 Milliarden Euro an Zinsen. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen planen SPD und Grüne für 2013 mit 3,5 Milliarden Euro neuen Schulden, statt einen konsequenten Konsolidierungskurs einzuschlagen. Es werden zusätzliche Stellen geschaffen, Stiftungen gegründet und neue Förderprogramme ausgebaut. Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, zum Landshaushalt



NRW hat kein Einnahmeproblem, sondern ein gravierendes Ausgabenproblem. Wir brauchen einen bescheidenen Staat, der mit dem Geld auskommt, das die Bürger ihm zur Verfügung stellen. Rot-Grün verteilt stattdessen immer weiter teure Wahlgeschenke und vermeintliche soziale Wohltaten auf Pump wie das kostenlose Studium, das beitragsfreie dritte Kita-Jahr oder das Sozialticket.



6 deutsche Flächenländer haben schon 2012 den Haushaltsausgleich geschafft. Rot-Grün dagegen treibt NRW immer tiefer in die Staatsverschuldung.

18.000.000.000,00

Laut NRW-Finanzministerium kostet der WestLB-Niedergang die Steuerzahler 18 Milliarden Euro. Das WestLB-Debakel zeigt, dass der Staat nicht der bessere Banker ist. Das Milliardengrab bei der Landesbank wäre dem Steuerzahler erspart geblieben, hätten die anderen Parteien auf die FDP gehört, die seit über zehn Jahren vor unkalkulierbaren Risiken für die Steuerzahler gewarnt und rechtzeitig auf eine Privatisierung der WestLB gedrängt hat. Ein Ende der Belastung ist nicht absehbar.

„Gerade im Interesse der jungen Generation muss die Schuldenspirale gestoppt und der Staat aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte befreit werden.“

Steuereinnahmen in **Mrd. Euro**



Entwicklung der Steuereinnahmen von 2010 bis 2013

77%

der Bürger in NRW wollen laut einer aktuellen Umfrage von Forsa lieber weniger Schulden als neue staatliche Leistungen. Die rot-grüne Regierung nimmt die Sorgen der Menschen offenbar nicht ernst, sonst müsste sie aufhören, neue Staatsausgaben auf Pump zu finanzieren.

Illustrationen: iStockphoto

TARIFTREUEGESETZ NUTZT ARBEITNEHMERN, WIRTSCHAFT UND DEM STAAT



Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes NRW

„Das neue Tariftreue- und Vergabegesetz ist ein großer Gewinn für die Arbeitnehmer, die Wirtschaft und das Land NRW. Es regelt, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden dürfen, die tariftreu sind und einen Stundenlohn von mindestens 8,62 Euro bezahlen. Viele Beschäftigte bekommen endlich ein Gehalt, mit dem sie das Existenzminimum selber erwirtschaften können. Das entlastet auch die öffentlichen Kassen. Allein im vergangenen Jahr mussten die NRW-Kommunen mehr als 210 Millionen Euro für die Wohnkosten ‚erwerbstätiger Armer‘ aufbringen, die aufgrund von Dumpinglöhnen auf staatliche Zuschüsse

angewiesen waren. Für die Unternehmen bedeutet das Gesetz, dass sie sich wieder auf den Wettbewerb um die beste Qualität von Produkten und Dienstleistungen konzentrieren können. Das war zuvor kaum mehr möglich: Aufgrund einer fehlenden Lohnuntergrenze konkurrierten die Betriebe vor allem um die niedrigsten Kosten und drückten die Gehälter immer weiter nach unten. Redliche Unternehmen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne bezahlen, zogen häufig den Kürzeren. Von der zu erwartenden Qualitätssteigerung werden vor allem die Bürgerinnen und Bürger profitieren, die Nutznießer vieler öffentlicher Aufträge sind.“

NICHTS WIRD BESSER, ABER ALLES TEURER

„Als FDP und CDU im Jahr 2006 das Tariftreuegesetz abgeschafft haben, ging eine Welle der Erleichterung durch das Land. Kommunen und Mittelstand feierten das als Befreiungsschlag. Ende 2011 haben SPD und Grüne ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz NRW durchgesetzt. Neben dem wirtschaftlichen Einkauf von Gütern und Dienstleistungen müssen Auftraggeber und Anbieter jetzt auch ökologische, soziale und Genderaspekte berücksichtigen. Das sind zweifellos wichtige Ziele, sie haben aber im Vergaberecht nichts zu suchen.“

die ethisch und ökologisch einwandfreie Herkunft seiner Farben haften. Oder gar Verpflichtungen zur Frauenförderung und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfüllen. Beides ist für einen Kleinbetrieb nicht zu leisten, also kann er sich entweder nicht mehr an öffentlichen Aufträgen beteiligen, oder er muss eine eventuell unwahre Bestätigung unterschreiben. Praktiker sehen sich angesichts des Gesetzes, der ergänzenden Verordnung und zweier zusätzlicher Handbücher einem erheblichen bürokratischen Aufwand ausgesetzt. Und die Kommunen warnen vor steigenden Kosten. Für die FDP gibt es eine Alternative dazu – das Gesetz einfach wieder abzuschaffen.“



Ralph Bombis, Sprecher für Mittelstand und Handwerk der FDP-Landtagsfraktion NRW

Ein Malermeister, der die Fassade des Rathauses neu streicht, muss zukünftig für

Braucht NRW ein Tariftreue- und Vergabegesetz? Diskutieren Sie mit uns: [f /FDPfraktionNRW](#) und stimmen Sie ab: fdp-fraktion-nrw.de





Mehr über Joachim Stamp:



Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, hat die Debatte im Landtag über das totale Rauchverbot in der Gastronomie, das ab Mai in NRW gilt, zum Anlass genommen, um das autoritäre Politik- und Lebensverständnis der Grünen zu hinterfragen.

„Die FDP ist für einen wirksamen Nichtrauchererschutz. Aber um die Frage, wie und wo in NRW Nichtrauchererschutz verbessert werden kann, geht es den meisten Grünen schon lange nicht mehr. Die Grünen agieren längst in der Rolle von Volkserziehern. Das, was nach grünem Verständnis gut und richtig ist, muss unbedingt auch für alle Bürgerinnen und Bürger, für Umwelt, Unternehmen und die ganze Gesellschaft gelten. Für abweichende Meinungen lässt die grüne Doktrin keinen Platz. Da endet der sonst bei jeder Gelegenheit gern und häufig ins Schaufenster gestellte Toleranz-Begriff. Per Gesetz, Verordnung oder Erlass setzen sie ihre ‚Volksbeglückung‘ durch. Die innerhalb der Grünen diskutierten Vorschläge für Verbote und Reglementierungen werden immer bizarrer: Es beginnt beim Verbot von Ponyreiten auf Jahrmärkten, von Motorrollern und Motorrädern, Heizpilzen, Süßigkeiten-Werbung, öffentlichem Alkoholkonsum und Stand-by-Schal-

tern an Elektrogeräten und reicht bis zur Beschränkung von Fleisch in Kitas, Schulen und Kantinen, zum Verbot von Plastiktüten und vom Grillen in der Öffentlichkeit.

Ausgerechnet die Partei, die einmal stolz darauf war, antiautoritär zu sein, wird zunehmend zu einer Partei autoritärer Moralisten. Die selbsternannten ‚letzten Rock’n’ Roller der Politik‘ (Joschka Fischer) neigen zunehmend zu einem neo-asketischen Lebensstil. Der sei ihnen gegönnt, solange sie ihn nicht gleich der ganzen Gesellschaft verordnen wollen. Denn letztlich ist genau dieser Rigorismus das Abbild eines neuen deutschen Spießertums. Unsere Gesellschaft braucht aber keine Zwangserzieher und Tugendwächter, sondern Freiheit und Verantwortung. Für die FDP gilt der Grundsatz: leben und leben lassen. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der für unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensstile Platz ist.“

Das neue grüne Spießbürgertum

Mehr als 10.000-mal Nein zum totalen Rauchverbot

In den Wochen vor der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes im Landtag hat die FDP-NRW gegen das totale Rauchverbot mobilgemacht. Mehr als 10.000 Protestmails und Unterschriften waren ein klares Zeichen gegen das rigide Gesetz.



Mehr zu der Aktion:



Rot-grünes Rauchverbot ist völlig unverhältnismäßig

Mit den Stimmen von SPD und Grünen hat der Landtag eines der striktesten Rauchverbote bundesweit beschlossen. 18 SPD-Abgeordnete gaben eine Erklärung zu Protokoll und dokumentierten damit, dass sie nur aus Koalitionsrason zustimmten. Die FDP-Landtagsfraktion hat geschlossen gegen das strikte Rauchverbot votiert. Susanne Schneider, FDP-Gesundheitsexpertin: „Das rot-grüne Rauchverbot ist völlig unverhältnismäßig. Die SPD folgt in blindem Gehorsam dem erhobenen Zeigefinger der grünen Volkserzieher.“ Denn ab dem 1. Mai darf in der Gastronomie nicht mehr geraucht werden, auch nicht in Eckkneipen oder separaten Raucherräumen. Lediglich bei privaten, geschlossenen Gesellschaften gilt eine Ausnahmeregel – aber nur dann, wenn ausschließlich die private Gesellschaft die gesamte Kneipe oder einen streng abgetrennten Raum nutzt, der Kreis der Eingeladenen dokumentiert wird und der Gastgeber komplett für die Kosten aufkommt. Bei Firmen- und Vereinsfeiern, Brauchtumsveranstaltungen und in Festzelten gilt das absolute Rauchverbot.

Bild: iStockphoto



Für Marco Buschmann, Generalsekretär der FDP-NRW, war die Kampagne, die stark auf eine Beteiligung im Internet gesetzt hat, ein großer Erfolg: „Mehr als 500.000 Kontakte bei Facebook, mehr als 20.000 Aufrufe unserer Aktionsseite und über 10.000 Protestmails und Unterschriften gegen das totale Rauchverbot sind ein klares Signal gegen das geplante rot-grüne Bevormundungsgesetz.“ Buschmann

kritisierte bei der Abschlussaktion vor dem Düsseldorfer Landtag die SPD, die sich „weder um den Unmut ihrer Basis noch die Proteste der Bürger schert“. Die Mehrheit der Bürger habe kein Verständnis dafür, dass SPD und Grüne mit einem strikten Verbot die Gräben zwischen Rauchern und Nichtrauchern wieder aufrissen, die der maßvolle schwarz-gelbe Kompromiss geglättet habe, so Buschmann.

WESTERWELLE: WIR VERTRETEN DIE UNBEQUEMSTE, ABER NOTWENDIGSTE BOTSCHAFT.

Anfang Dezember stellte die FDP-NRW ihre Kandidatenliste für die Bundestagswahl 2013 auf. An der Spitze steht Dr. Guido Westerwelle, der rund 90 % der Stimmen erhielt. Im Wahlkampf, so Westerwelle, wolle er auf die liberalen Markenzeichen „Leistungsbereitschaft, Weltoffenheit und Toleranz“ setzen. Die FDP müsse sich und ihren Werten treu bleiben – gerade dann, wenn die anderen Parteien nach links wanderten. Während sich die politischen Wettbewerber für den Staat und das Kollektiv entscheiden, „entscheiden wir uns im Zweifel für die Toleranz! Wenn wir mehr Freiheit fordern, wissen wir auch, dass das mehr Verantwortung bedeutet. Das ist die unbequemste, aber notwendigste Botschaft aller Parteien.“ Westerwelle warnte davor, sich im Wettstreit klein zu machen. „Ich kämpfe nicht für 5 % + x, sondern für eine starke FDP.“



1. Dr. Guido Westerwelle MdB
Kreisverband Bonn



2. Daniel Bahr MdB
Kreisverband Münster



3. Gisela Piltz MdB
Kreisverband Düsseldorf



4. Otto Fricke MdB
Kreisverband Krefeld



5. Frank Schäffler MdB
Kreisverband Herford



6. Michael Kauch MdB
Kreisverband Dortmund



7. Bijan Djir-Sarai MdB
Kreisverband Neuss



8. Marco Buschmann MdB
Kreisverband Gelsenkirchen



9. Hans-Hermann Stein
Kreisverband Köln



10. Johannes Vogel MdB
Kreisverband Märkischer
Kreis



11. Gabriele Molitor MdB
Kreisverband Rhein-Erft



12. Hans-Werner Ehrenberg MdB,
Kreisverband
Hochsauerland



13. Claudia Bögel MdB
Kreisverband Steinfurt



14. Jörg von Polheim MdB
Kreisverband Oberberg



15. Markus Schiek
Kreisverband Lippe



16. Manfred Todtenhausen
MdB, Kreisverband
Wuppertal



17. Prof. Dr. Ralf Klapdor
Kreisverband Kleve



18. Christoph Dammernann,
Kreisverband Unna



19. Evelyn Dahlke
Kreisverband Gütersloh



20. Birgit Haveneth
Kreisverband Aachen



21. Jürgen Peter
Kreisverband Rhein-Sieg



22. Rosemarie Steinhauer
Kreisverband Ennepe-Ruhr



23. Kathrin Helling-Plahr
Kreisverband Hagen



24. Michael Terwiesche
Kreisverband Wesel



25. Matthias Richter
Kreisverband
Recklinghausen

Die Rede von Guido Westerwelle:

/FDPLandesverbandNRW

Fotogalerie von der Veranstaltung:

/FDPNRW

NRW steuert auf Verkehrsinfarkt zu

Für den Wirtschaftsverkehr in NRW ist der Super-GAU eingetreten. Ende 2012 wurde die logistische Lebensader des Rheinlands, die Leverkusener Rheinbrücke der A 1, für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen gesperrt, dann wurde Anfang des Jahres für den Schwerlastverkehr (Lkw ab 30 Tonnen) mit der Mülheimer Brücke auch noch die Ausweichstrecke geschlossen. Laut IHK kostet allein die Umleitung der Leverkusener Brücke ein Logistikunternehmen im Schnitt 1700 Euro pro Tag.



Christof Rasche,
Parlamentarischer Geschäftsführer und
verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Mehr über Christof Rasche:

/ChristofRasche

Unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Landesregierung zeigt sich Christof Rasche, Parlamentarischer Geschäftsführer und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Denn SPD und Grüne hätten es versäumt, rechtzeitig ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, um auf Infrastrukturprobleme zu reagieren. Seit Langem ist bekannt, dass allein an 400 Brücken bei Bundesfernstraßen Sanierungsbedarf in Höhe von 3,5 Milliarden Euro besteht. „Die Verkehrsinfrastruktur ist das Herz unseres Industriestandortes NRW. Wenn es zu Engpässen oder Sperrungen kommt, hat das für Wirtschaft und Arbeitsplätze dramatische Folgen“, so Rasche.

Sorge bereiten dem FDP-Verkehrsexperten vor allem Mahnungen von Experten, wonach die Infrastruktur in NRW chronisch unterfinanziert ist. Denn nach bundesweit gültigen Prognosen steigt der Güterverkehr auf Straßen bis zum Jahr 2025 um 80 Prozent an. Statt die Weichen zu stellen, um den Verkehrsinfarkt zu vermeiden, hat Rot-Grün für viele wichtige Projekte einen Planungsstopp verhängt und die Straßenbaumittel erheblich reduziert. „Die einzige Idee, die Rot-Grün hat, ist eine Lkw-Maut auf allen Straßen einzuführen.“ Dies belaste die Unternehmen zusätzlich, ohne dass gesichert sei, dass auch nur ein Cent zusätzlich in Erhalt und Ausbau der Infrastruktur fließe.

Landtag wehrt Angriff Steinbrücks auf Bonn-Berlin-Gesetz ab

Große Verunsicherung in der Region Bonn und Empörung in NRW hat SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück mit seiner Forderung nach einem vollständigen Regierungsumzug von Bonn nach Berlin ausgelöst. Der ehemalige Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens hat sich mit seiner Äußerung gegen die einstimmigen Beschlüsse des Landes positioniert.

Auf Initiative der FDP haben alle Fraktionen im Landtag ihr Bekenntnis zum Bonn-Berlin-Gesetz bekräftigt und Landes- sowie Bundesregierung aufgefordert, es dauerhaft einzuhalten. Gerhard Papke, Vizepräsident des Landtags, betonte: „Es geht darum, einen neuen, brandgefährlichen Angriff auf die faire Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin abzuwehren.“ Und letztlich gehe es auch um eine Grundfrage der demokratischen Architektur der Bundesrepublik Deutschland sowie die Verlässlichkeit von Politik. „Die FDP will keinen neuen Zentralismus in

Deutschland. Wir wollen nicht, dass immer mehr Behörden, staatliche Organe und Institutionen klammheimlich nach Berlin verschoben werden“, stellte Papke klar. Das sei eine Grundfrage des Föderalismus. „NRW als wichtigstes Bundesland muss als Gralshüter des Föderalismus die Grundarchitektur der föderalen Bundesrepublik Deutschland verteidigen.“ Die Aufgabenteilung zwischen Bonn und Berlin hat sich bewährt, Steinbrücks Äußerung löste jedoch große Verunsicherung in der Region aus. Deshalb ist das Bekenntnis des Landes zu Bonn ein wichtiges Signal.



Gerhard Papke, Vizepräsident des Landtags NRW

Gedankenaustausch zu Europa



Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, Christian Lindner, Vorsitzender der Landtagsfraktion und der FDP-NRW mit Nick Clegg, Vorsitzender der Liberal Democrats, in London.

Zu einem Gedankenaustausch mit den Liberal Democrats in London haben sich Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-NRW, und Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, getroffen. In Gesprächen mit Nick Clegg, Parteivorsitzender und stellvertretender Premierminister, sowie Parteivize Simon Hughes haben Lindner und Stamp Gemeinsamkeiten in der Europapolitik betont. „Wir sind der Meinung, dass wir aus gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen mehr und nicht weniger Europa brauchen.“ Auf die Ankündigung des englischen Premierministers David Cameron, die Briten zum Verbleib Großbritanniens in der EU befragen zu wollen, reagiert Lindner kritisch. Zwar gebe es auch in Deutschland Europa-kritische Stimmen, aber Europa dürfe in der Debatte nicht auf die Kosten reduziert werden. „Wir sollten darüber sprechen, was Europa für das Leben in Deutschland heute bedeutet“, fordert Lindner. Europa, sei das zollfreie Paket aus Paris, der Arbeitsplatz in Warschau, das Studium in Rom oder die Reise nach Lissabon, ohne dass man einen Schlagbaum passieren muss. „Für die FDP ist Europa Freiheit und diese Freiheit werden wir nicht preisgeben.“

Rot-Grün will das **Jagdgesetz** ändern und bleihaltige Munition landesweit verbieten. „Dadurch wird die tierschutzgerechte Jagd gefährdet“, warnt Karlheinz Busen. Jäger müssten künftig mit Stahlmunition schießen. Für Stahlgeschosse fehlen in NRW aber Schießplätze. „Damit Hirsche und Rehe wie bisher tierschutzgerecht erlegt werden können, ist regelmäßiges Schießen und Einstellen eines Jagdgewehrs notwendig. Durch die unausgegorenen Pläne des Umweltministers droht eine Häufung krankgeschossener Tiere.“

Karlheinz Busen,
Sprecher für Jagd der FDP-Landtagsfraktion



Kein Nutzen für das Klima, aber Schaden für den Wirtschaftsstandort – so lautet das Fazit von Henning Höne zum rot-grünen **Klimaschutzgesetz**, das Anfang des Jahres verabschiedet worden ist. „CO₂-Emissionen werden nicht verringert, weil in NRW erreichte Einsparungen europaweit verrechnet werden. Das Klimaschutzgesetz führt jedoch zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen, die Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen kosten werden.“

Henning Höne,
umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion



Seit der Umstellung der **Rundfunkgebühren** zum 1. Januar klagen Kommunen, Kirchen und Unternehmen über eklatant gestiegene Kosten. „Die FDP-Fraktion hat vor Verabschiedung der Reform vor Problemen gewarnt, doch Rot-Grün hat die Einwände völlig ignoriert. Nun bestätigen sich unsere Befürchtungen“, erklärt Thomas Nückel. Er kritisiert, dass die Überprüfung der Gebühr erst 2014 geplant ist: „Die offensichtlichen Fehler müssen von den Ländern zügig korrigiert werden. Rot-Grün muss handeln.“

Thomas Nückel,
medienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion



FDP-Landtagsfraktion | Meldungen

Wedel hinterfragt Missstände beim BLB

Einstimmig hat der Landtag NRW die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Missstände beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) beschlossen. Der BLB war 2001 von SPD und Grünen errichtet worden, um die Liegenschaftsverwaltung NRWs zu reformieren und ein zentrales betriebswirtschaftlich orientiertes Immobilienmanagement einzuführen. Zwölf Jahre später steht er wegen Korruptionsvorwürfen im Zentrum staatsanwaltlicher Ermittlungen. Dirk Wedel, FDP-Rechtsexperte und Obmann der FDP im Untersuchungsausschuss, betont: „Der FDP ist es ein großes Anliegen, neben der Klärung der Vorgänge und Verantwortlichkeiten rund um einzelne Projekte zu hinterfragen, ob und inwieweit die Struktur und Arbeitsweise des BLB Missstände ermöglicht oder begünstigt haben.“ Wedel erwartet zudem, dass der Ausschuss Wege zur Vorsorge für die Zukunft aufzeigt.



Qualitatives Konzept zur Inklusion fehlt

Bei einem der wichtigsten Vorhaben in NRW herrscht Chaos: der Inklusion. Ende 2012 hatte Schulministerin Löhrmann die Notbremse gezogen und ihre Zusage, zum Schuljahr 2013/14 einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf einen Regelschulplatz für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu gewährleisten, wegen massiver Umsetzungsdefizite zurückgezogen. Der Rechtsanspruch ist um ein Jahr verschoben, die Probleme sind unverändert groß. „Es fehlen qualitative Zusagen und umfassende Vorgaben bei der Inklusion“, kritisiert FDP-Bildungsexpertin Yvonne Gebauer. Selbst der Appell von vier Lehrer- und drei kommunalen Spitzenverbänden, endlich eine Kostenfolgeabschätzung zur Finanzierung vorzulegen, verhallte. „Rot-Grün macht keine Vorgaben, damit die Kommunen kein Geld einfordern können“, meint Gebauer. Sie fordert, dass Rot-Grün Inklusion endlich als konnexitätsrelevant anerkennt und ein qualitatives Konzept vorlegt.



Bild: epd.de



Gisela Piltz,
stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundesfraktion:

„Mit der Anerkennung durch die Stiftungsaufsicht und der Bestellung des Gründungspräsidenten, Frederick Richter, wird die Stiftung **Datenschutz** nun ihren Aufgaben nachkommen: Sensibilisierung für den Wert persönlicher Daten, Aufklärung zum Datenschutz und Entwicklung eines Datenschutzzütesiegels. Damit schlagen wir ein neues Kapitel für modernen Datenschutz auf und stärken Transparenz und Wettbewerb um datenschutzfreundliche Produkte und Dienstleistungen.“



Gabriele Molitor,
Sprecherin für Menschen mit Behinderung der FDP-Bundestagsfraktion:

„Menschen mit Behinderung etwas zutrauen, ihnen **Wertschätzung** entgegenbringen, darum geht es in unserem Antrag ‚Leistungspotenziale von Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben ausschöpfen‘. Dort, wo es möglich und sinnvoll ist, sollen sie in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Wir wollen den weit verbreiteten Automatismus von Behinderung und Arbeit in einer Behinderten-Werkstatt durchbrechen und allen Menschen Teilhabe ermöglichen. Denn Arbeit ist sinnstiftend und gibt das Gefühl, gebraucht zu werden.“



Alexander Graf Lambsdorff,
Vorsitzender der FDP-Gruppe im Europäischen Parlament:

„Die EU ist schuldenfrei und soll es auch bleiben. Das war immer Leitlinie liberaler Europapolitik. Jetzt schlagen die Mitgliedstaaten dem Europaparlament einen Haushalt vor, in dem 52 Mrd. Euro nicht gedeckt sind. Das ist ein Verstoß gegen unsere Politik der soliden öffentlichen Finanzen und stellt die Glaubwürdigkeit der deutschen **Stabilisierungspolitik** in Frage. Klar ist: Das EP wird nicht zustimmen und einen soliden Haushalt durchsetzen.“

Bundestag

Was ist Ihr Lebensmotto?

Love it, change it, or leave it.

Wie lange sind Sie schon Mitglied bei den Liberalen, und was hat Sie dazu getrieben?

Ich bin seit etwa 19 Jahren FDP-Mitglied. Zur Politik gekommen bin ich, als in der Schule ein altersschwacher Videorekorder versagte und ich die ungleiche Finanzausstattung verschiedener Schulformen ganz praktisch erlebte. Das fand ich ungerecht, und ich begann, mich mit Bildungsfinanzierung zu beschäftigen.

Welches politische Projekt ist Ihnen am wichtigsten?

Die große Aufgabe der Liberalen unserer Zeit ist der Schutz individueller Lebenschancen im Zeitalter der globalen Massengesellschaft. Wie bewahren und erweitern wir die Grundlagen unserer Freiheit, unseres Wohlstandes und unserer privaten Lebensführung im globalen und digitalen Dorf?

Das schönste Amt neben dem Papst der katholischen Kirche ist nicht der SPD-Vorsitz, sondern ...?

Generalsekretär der FDP-NRW. Aber man lernt ja nie aus.

Welchen politischen Gegner schätzen Sie besonders und warum?

Ich schätze insbesondere Thomas Oppermann, den ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Er hat einen untrüglichen Sinn dafür, fremde Schwächen und eigene Stärken in seiner Art der Argumentation herauszuarbeiten.

Worauf in Ihrem bisherigen Leben sind Sie stolz?

Als Sohn auf meine Eltern, als Anwalt auf die Finanzierung des Flughafens BER (auch wenn das Geld nun scheinbar buchstäblich in den brandenburgischen Sand gesetzt wird) und als Abgeordneter, dass ich gemeinsam mit Otto Fricke und Michael Link die strenge Parlamentsbeteiligung im Rahmen der Euro-Stabilisierung mit durchsetzen konnte.

Was war als Kind Ihr Traumberuf? Und warum?

Als Kind war ich der absolute Star-Wars-Fan. Daher wollte ich natürlich ein Jedi-Ritter werden: Hüter des Friedens und der Gerechtigkeit.

Und was ist heute Ihr Traumberuf?

Bundestagsabgeordnete sind in meinen Augen in besonderer Weise den Idealen der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit verpflichtet und haben mitunter auch die Macht, sie zu bewahren und zu verwirklichen. Insofern führe ich heute fast den Traumberuf meiner Kindheit aus.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ich kaufe viel zu viele Bücher, esse viel zu viel Schokolade und trinke viel zu viel Kaffee.

Haben Sie ein Vorbild?

Mein Vorbild ist jeder Mensch, der seine Aufgaben mit Verstand und Anstand angeht.

Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen?

Walter Isaacsons Biografie von Steve Jobs, dem Gründer und Retter von Apple.

Gibt es einen Künstler oder Autor, der Sie geprägt hat?

Perikles hat mit seiner Gefallenensrede die dichteste und wunderbarste Vision vom guten Leben des Menschen und vom guten Zusammenleben der Menschen geschaffen, die ich kenne.

Können Sie gut kochen?

Jedenfalls koche ich sehr gerne. Meine Freunde verlangen häufig Nachschlag, wenn ich Pizza backe oder traditionelle Pastasaucen zubereite.



Marco Buschmann

wurde 1977 in Gelsenkirchen geboren. Nach Abitur und Zivildienst studierte er an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn Rechtswissenschaften, was er 2007 mit dem Zweiten Juristischen Staatsexamen abschloss. Seitdem ist er als Rechtsanwalt für eine internationale Sozietät tätig. Seit 1994 ist Buschmann Mitglied bei den Jungen Liberalen und der FDP. 2009 zog er erstmals in den Deutschen Bundestag ein. 2012 wurde er zum Generalsekretär der FDP-NRW gewählt.

Mehr über Marco Buschmann:

Web: www.marco-buschmann.de



/MarcoBuschmann



/marco.buschmann.54